

werden. Dieser Teil des Verfaller Vertrages kann also nur insofern aufrechterhalten werden, als seine einzelnen Bestimmungen von allen an der Abrüstungskonferenz teilnehmenden Staaten für sich selbst in Anwendung gebracht werden. Es liegt im Juge dieser Entwicklung, daß mit der gestiegenen Erklärung auch bereits der von uns stets abgelehnte, aber immer noch zur Debatte stehende Artikel 53 des Konventionenentwurfes der Vorbereitenden Abrüstungskommission bereits erledigt ist, der die Diskriminierung Deutschlands aufrechterhalten suchte. Als besonders erfreulich ist schließlich noch zu unterstreichen, daß der Erfolg der deutschen Bemühungen das Problem gleichzeitig für die anderen entlassenen Staaten erledigt, also auch für Oesterreich, Ungarn und Bulgarien. In der Erklärung wird ausdrücklich von „allen Staaten“ gesprochen.

Sieht man das heute erreichte Ergebnis des deutschen Kampfes um die Gleichberechtigung zusammen, so muß man zu der Feststellung gelangen, daß ein großer und entscheidender Fortschritt erzielt wurde. In den maßgebenden Kreisen der Reichshauptstadt wird erwartet, daß er sich auch auf die abschließende Lösung des Abrüstungsproblems selbst auswirken wird.

### Ablehnende Haltung der Pariser Presse

Paris, 12. Dez. Nur die regierungsfreundliche Presse lobt das in Genf getroffene Abkommen über die Gleichberechtigung. Die übrigen Blätter verhalten sich kritisch, einige sogar strikt ablehnend.

„Figaro“ ist davon überzeugt, daß Deutschland dem Abkommen nur beigetreten sei, weil es insgeheim allerhand Berechtigungen erhalten habe. Das Blatt fragt: Wer hat Deutschlands Rückkehr bezahlt? Was hat Amerika gegeben, was England, was Italien? Was haben wir versprochen? Wenn diese Fragen unbeantwortet bleiben, werden die Franzosen wissen, daß von heute ab für sie eine Ära der Knechtschaft beginnt.

„L'Ordre“ ruft aus: Wieder einmal hat Deutschland die Parke gewonnen. Unsere Vertreter haben die Sicherheit Frankreichs geopfert.

Auch „Echo de Paris“ schlägt Alarm. Man dürfe einen Text, der wegen seiner möglichen verheerenden Folgen mit dem Protokoll von Chequers verglichen werden könne, nicht als einen Sieg buchen. Die Bewilligung der Gleichberechtigung für Deutschland sei einer der Grundzüge der Konferenz geworden. Grundjah aber heiße Anfang, Ausgangspunkt. Dagegen sei die Sicherheit nur noch eine sehr zweideutige Definition, Schlüsselpunkt. Diesen Preis habe die Berliner Regierung gefordert und erhalten.

### Die Londoner Presse begrüßt die Einigung in Genf.

London, 12. Dezember. (Draht.) Zu der Einigung in Genf schreibt „Daily Telegraph“: Trotz der scheinbaren Einfachheit dessen, was endlich vereinbart worden ist, schließt die Erklärung gewisse Zugeständnisse ein, auf die noch vor einer Woche so gut wie keine Aussicht bestand. Aber wenn jetzt der Weg für einen neuen Fortschritt in der Abrüstungsfrage frei geworden ist, fragt es sich, wie weit die Konferenz ihn gehen wird.

„News Chronicle“ erklärt, die Nachricht, daß Deutschland zur Abrüstungskonferenz zurückkehrte, sei die beste, die seit langer Zeit aus Genf gekommen sei. Deutschlands formelle Teilnahme werde der Konferenz bestimmt einen kräftigen Anstoß geben.

„Daily Herald“ drückt seinen Unwillen darüber aus, daß ein mehrmonatiger „Streit“ Deutschlands notwendig gewesen sei, um die Anerkennung eines Anspruchs zu erreichen, über den seit Beginn der Konferenz Klarheit bestanden habe.

Der französische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet aus Genf, in französischen Kreisen werde herriert wegen seiner Zustimmung zu dem Kompromiß kritisiert. Es werde befürchtet, daß die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung den Ausgangspunkt der kommenden Abrüstungsverhandlungen bilden werde, während der französische Plan zur Organisierung des Friedens ein ungewisses, in der Zukunft liegendes Ziel sein werde. Das Kabinett Herriot habe sich allerdings bemüht, bei der öffentlichen Meinung den Eindruck hervorzurufen, daß es sich um eine große Leistung Paul Boncour's handele.

In einem Leitartikel führt „Times“ aus, es habe sich während der letzten Monate gezeigt, daß ohne Deutschland ein Fortschritt der Konferenz unmöglich sei. Es sei besonders befriedigend, daß gerade die deutsche Regierung die Brücke bauen helfen, deren Bildung so viel Sorge im Ausland verursacht habe. General v. Schleicher habe dadurch, daß er seine Zustimmung zu der mit Hilfe seines befähigten Mitarbeiters, Freiherrn v. Neurath, ausgearbeiteten Formel gab, viel für die Bewichtigung der Bedenken benachbarter Staaten getan.

### Frankreich zahlt unter Vorbehalt.

Paris, 11. Dezember. Es kann nunmehr als sicher angesehen werden, daß die französische Zahlung an Amerika am 15. Dezember ausgeführt werden wird. Man erwartet, daß die Kammer dem gestern gefassten Beschluß der Kammerausschüsse zustimmen wird. Darin wird gesagt, daß die Grundlage der französischen Zahlungen die deutschen Zahlungen nach dem Youngplan bilden, daß man aber den allgemeinen Bankrott herbeiführen werde, wenn man den Youngplan wieder in Kraft setze. Die Zahlung am 15. Dezember könne nur zugelassen werden, wenn Amerika dem Zusammentritt einer Konferenz vor dem nächsten Verfallstermin zustimme, die allen internationalen Transferierungen ein Ende zu bereiten habe.

### Auch England zahlt.

#### Die englische Note an Amerika.

London, 11. Dezember. (Draht.) In der britischen Antwort an die Vereinigten Staaten von Amerika wird gesagt, die britische Regierung bemerke mit Genugtuung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten mit der Anregung einverstanden sei, die ganze Angelegenheit, wie sie in der britischen Note vom 1. Dezember behandelt ist, zwischen den beiden Ländern gründlich zu prüfen. Die britische Regierung sehe nach weiterer sorgfältiger Erwägung keinen Anlaß, die allgemeinen Schlussfolgerungen ihrer Note vom 1. d. M. zu ändern. Die britische Regierung bleibe bei ihrer Auffassung, daß keine andere Lösung als der Zahlungsausschub die

Transferschwierigkeiten beseitigen könne, und stelle daher mit diesem Bedauern fest, daß die Regierung der Vereinigten Staaten beschlossen hat, diese Lösung dem Kongress nicht zu empfehlen. Im Hinblick auf diesen Beschluß der amerikanischen Regierung habe die englische Regierung sich entschlossen, den am 15. Dezember fälligen Betrag zu zahlen. Aus den bereits zur Kenntnis gebrachten Gründen sei die britische Regierung davon überzeugt, daß das System der zwischenstaatlichen Kriegsschuldenszahlungen, wie es vor der Hoover'schen Initiative vom 20. Juni 1931 bestand, nicht wieder aufgenommen werden könne, ohne daß dadurch großes Unheil angerichtet würde. Vom Standpunkt der britischen Regierung sei daher die Zahlung vom 15. Dezember nicht als Wiederaufnahme der Jahreszahlungen nach der bestehenden Vereinbarung anzusehen. Die britische Regierung schlägt vor, die Zahlung vom 15. d. M. als Kapitalzahlung zu behandeln, die bei einer Schlussregelung zu verrechnen wäre, und sie treffe Vorbereitungen, diese Zahlung in Gold zu leisten, da diese Regelung nach den derzeitigen Umständen für die britische Regierung die am wenigsten nachteilige sei. Dieses Verfahren sei unvermeidbar außergerichtlich und abnorm, und die britische Regierung wolle die amerikanische Regierung daher dringend auf die Wichtigkeit eines früheren Meinungswechsels hinweisen, damit die Diskussion über die Angelegenheit vor dem nächsten Zahlungstermin, dem 15. Juni 1933, geschlossen und die Gefahr eines allgemeinen Zusammenbruchs der bestehenden internationalen Abkommen vermieden werden könne.

### Die Winterhilfe im Ausschuss beschlossen.

Berlin, 11. Dez. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages beriet am Sonnabend die Anträge der Kommunisten, der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten über die Winterhilfe. In der Aussprache traten alle Parteien für die Schaffung einer Winterhilfe ein. Nur im Ausmaß waren die Forderungen verschieden. Der Ausschuss faßte schließlich einstimmig folgende Beschlüsse:

Die Reichsregierung wird aufgefordert, alsbald durchgreifende Maßnahmen zu treffen, durch die den großen Massen der notleidenden Bevölkerung eine angemessene Weihnacht- und Winterbeihilfe gewährt wird. Der Personkreis erstreckt sich auf alle Arten von Empfängern öffentlicher Unterstufungen und Renten, wie Arbeitslose, Sozialrentner, Empfänger von Kurzarbeiterunterstützung, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte usw. Von einer näheren Bezeichnung der Unterstützungsmittel wurde in dem Beschluß abgesehen. Dagegen wird gesagt, daß die Winterhilfe in unentgeltlicher Belieferung mit Nahrungsmitteln, Kleidungsstücken usw. je nach den örtlichen Verhältnissen bestehen soll. Sie darf aber nicht zu einer Verminderung der Geldunterstützung führen. Die Mittel für die Durchführung der Winterhilfe soll das Reich den Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Verfügung stellen.

### Adolf Hitler besucht Sachsen.

Dresden, 11. Dez. Aus Anlaß der nationalsozialistischen Amtswalkertage sprach Adolf Hitler am Sonntag vormittag im überfüllten Zirkusgebäude vor etwa 5000 Parteigenossen, die dem Führer stürmische Kundgebungen beizubringen und ein Treuebündnis darbrachten. Von Dresden aus begab sich Hitler nach Chemnitz und Leipzig. In Chemnitz sprach außer ihm noch Landtagsabgeordneter Dr. Britsch und S.-A.-Führer v. d. Dettten.

## Anzeigen wecken die Kauflust

Tausende von Lesern verfolgen täglich mit Interesse die Weihnacht-Angebote der Geschäftswelt und richten ihre Einkäufe danach!

## Anzeigen im „Sächsischen Erzähler“ bringen jedem Geschäftsmann Erfolg!

### Aus der Oberlausitz.

Bischofswerda, 12. Dezember

—\* Weihnachts- und Neujahrsvorkehr bei der Post. Die Post bittet, Weihnachtspakete möglichst frühzeitig zu versenden, sonst stauen sich die Pakete in den letzten Tagen vor dem Fest und kommen verspätet in die Hände der Empfänger. Es wird gebeten, die Pakete recht dauerhaft zu verpacken, die Aufschrift haltbar anzubringen und den Bestimmungsort besonders groß und kräftig niederzuschreiben. Auf dem Paket ist auch die vollständige Anschrift des Absenders anzugeben und in das Paket obenauf ein Doppel der Aufschrift zu legen. Auch Paketen müssen haltbar verpackt und gut verschützt werden, Hohlräume sind mit Holzwole oder anderem Füllstoff auszufüllen, damit die Sendungen bei der Beförderung in Säcken und beim Stapeln nicht engedrückt werden können. Sie müssen deutlich als „Briefpakchen“ oder „Päckchen“ bezeichnet sein. Während des Weihnachtsvorkehrs vom 18. bis einschl. 24. Dezember nehmen die Postanstalten Pakete auch außerhalb der regelmäßigen Schalterstunden ohne Erhebung der besonderen Einlieferungsgebühr von 30 Pf. an, soweit Personal dazu zur Verfügung steht. Am Sonnabend, den 24. Dezember, wird bei den Postanstalten wie in den Vor-

jahren der Dienst eingeschränkt. Die Posthalter werden im allgemeinen nur bis 12 Uhr offenhalten, der Telegramm-annahme- und Fernschreibdienst wird nicht beschränkt. Auch am Bahnschnee wird sich der Verkehr glatter ab, wenn die Anschaffungsbedingungen möglichst frühzeitig aufgestellt und mit genauer Anschrift des Empfängers (Straße, Hausnummer, Wohnort, Stadt, Postamt, Postbezirk und Zustellpostamt) versehen werden. Durch die Angabe der Zustellpostamt auf den Briefsendungen nach Berlin und andern Großstädten wird die Lieferführung wesentlich beschleunigt. Es wird auch dringend empfohlen, die Freimar-ken für Neujahrbriefe nicht erst am 30. und 31. Dezember, sondern früher einzuhändigen, damit im Schalterverkehr keine Störungen eintreten.

—\* Vom heutigen Dienstag standen zum Verkauf: 110 Rüge, 25 Preiser, 18 Käufer/28 Portel, Preis für Rüge 200 bis 400 Mark, für Preiser 90—120 Mark, für Käufer 50—60 Mark, für Portel 8—15 Mark.

—\* Weihnachtsfeier des Turnvereins 1848 e. V. Die Kinderabteilung des Turnvereins 1848 e. V. übertrug auch in diesem Jahre wieder mit einer Mädchenabteilung die am kommenden Sonntagabend im Schützenhaus erstmalig geboten wird. Aufgeführt wird Otto Noths Reiterwerk: „Bergritt“. Der Rahmen der Handlung entnahm der Verfasser der bekanntesten schönen Weihnachtsgeschichte: Bergkristall. Schon seit Wochen wird tüchtig geübt und geübt, um der Kinderabteilung selbst, wie auch dem Verein und dem Verfasser alle Ehre zu machen. Es wird allen denen, welche die Weihnachtsgeschichte: „Die goldene Kugel“ 1930 und „Kottap-Berg“ 1931 gesehen haben, noch in guter Erinnerung sein, wie nett die Kinder spielen und förmlich in ihren Rollen aufgingen. Mit Bestimmtheit kann man daher jetzt schon sagen, daß die Kleinen durch ihre echte kindertümliche Art allen Besuchern einige sehr schöne Stunden bieten werden. Außerdem wird die Vereinskapelle für tänzerische Weihnachtstimmung sorgen. Näheres ist im Inseratenteil ersichtlich.

—\* Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, Ortsgruppe Bischofswerda, hielt am vergangenen Donnerstag seine letzte Monatsversammlung in diesem Jahre ab. Nach beglückwünschenden Worten berichtete der Vertrauensmann der Ortsgruppe, Herr F. Feuckel über die Tätigkeit der Ortsgruppe in der Verbesserung der Leistungen in der Angelegenheit der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat am 23. 11. 1932 eine Sitzung abgehalten, die die Altersgrenze für den Bezug von Renten und Kinderzuschüssen vom 15. auf das 18. Lebensjahr erhöht. Voraussetzung hierfür ist Schul- oder Berufsausbildung des Kindes. Die höhere Altersgrenze gilt auch dann, wenn das Kind infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande ist, sein Leben zu erhalten. Diese Leistungsverbesserung, zu der die Selbstverwaltung der Angestelltenversicherung auf Grund der zum Rotverordnungsverhältnis war, erstreckt sich auch auf die Erbschaften der Angestelltenversicherung. Sie tritt rückwirkend ab 1. Oktober 1932 in Kraft. Der Reichsarbeitsminister hat zu diesen Verbesserungen die gesetzlich vorgeschriebene Zustimmung bereits erteilt. Mit dieser Leistungsverbesserung ist wenigstens eine der Ungerechtigkeiten beseitigt, die die letzten Rotverordnungen der Angestelltenversicherung zu gefügt haben. — Wie aus einem kurzen Vortrag des Herrn Paul Müller hervorzugehen, zählt heute die „Deutsche Hausbücherei“ (Januarheft Verlag, Hamburg), die ja bekanntlich ein Bollwerk gegen allen fremdländischen, jüdischen Einfluß auf unsere deutsche Literatur darstellt, nach 15jährigem Bestehen rd. 70 000 Mitglieder. Ein Beweis dafür, daß ein großer Teil unseres Volkes sich heute wieder echt deutschem Schrifttum widmet. Die „Deutsche Hausbücherei“ liefert eine Jahresreihe von 8 Büchern und eine monatlich erscheinende Zeitschrift „Das Herdfeuer“ bei RM. 2.— Monatsbeitrag. — Die Ortsgruppe Bischofswerda im D. N. V. wird, wie bisher, auch in diesem Jahre, ihre bedürftigen stellungslosen Mitglieder durch eine besondere Weihnachtspende erfreuen, um mit dazu beizutragen, die große Not der stellungslosen Kaufmannsgehilfen etwas zu lindern.

—\* Von der Landesbrandversicherungsanstalt. Bei der Abteilung für Gebäudeversicherung der Sächsischen Landesbrandversicherungsanstalt sind für den Monat November nach vorläufiger Zusammenstellung 236 Schadensfälle mit einer annähernden Schadenssumme von 372 000 Mark gemeldet worden; dazu kommen noch 25 Prozent Feuerungs-zuschlag. Im gleichen Monat des Vorjahres betrug in 233 Fällen die annähernde Schadenssumme 350 000 Mark zuzügl. 50 Prozent Feuerungs-zuschlag.

—\* Genehmigte Geldsammlung. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat bis dem Arbeitsausführer Deutscher Verbände in Berlin für das Gebiet des Freistaats Sachsen erteilt Sammelurlaubnis durch Verordnung vom 7. d. M. auf die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1933 verlängert.

—\* Winterportgeräte in der Eisenbahn. Am 20. Nov. sind auf den deutschen Eisenbahnen neue Bestimmungen über die Mitnahme von Schneeschuhen und Robeschlitten in die Personenwagen in Kraft getreten. Bisher durften Schneeschuhe und Robeschlitten nur in die 3. Klasse der Eisen- und Personenzüge mitgenommen werden. Von dem genannten Zeitpunkt an dürfen die bezeichneten Winterportgeräte auch in der 2. Klasse der Schnellzüge mitgeführt werden, wenn Befestigung der Reisenden und Befestigung der Wagenplätze ausgeschlossen ist. Die Eisenbahn hat sich jedoch das Recht vorbehalten, in gleicher Weise wie bei Eisen- und Personenzügen, bei einzelnen Zügen die Mitnahme auszuschließen oder die Reisenden auf besondere Abteile oder Wagen zu verweisen. Winterportgeräte, die Schneeschuhe benötigen, sind also nicht mehr darauf angewiesen, ihre Winterportgeräte als Reisegepäck aufzugeben oder sie auf Fahrkartlarie befördern zu lassen. Die Eisenbahnverwaltung knüpft hieran die Erwartung, daß sich Unzuträglichkeiten nicht ergeben.

—\* Der Stand der Tierseuchen. Nach dem amtlichen Bericht des Bundesgesundheitsamtes ist die Maul- und Klauenseuche im Freistaat Sachsen am 1. Dezember insgesamt in drei Veterinärbezirken, sieben Gemeinden und neun Gehöften amtlich festgestellt worden. Der Stand am 15. November war 3 Veterinärbezirke, 10 Gemeinden und 13 Gehöfte. Der Stand der übrigen Tierseuchen war Anfang Dezember im wesentlichen unverändert.

—\* Beachtet die Lebensmittel! Nach einer Mitteilung der Vereinigung Sächsischer Kleinhandelsverbände war in letzter Zeit verschiedentlich zu beobachten, daß Verbraucher es für eine Unfreundlichkeit der Ladeninhaber halten, wenn diese die Abgabe von Waren während der gesetzlichen